

Gesundheitsleistungen und gemeinsamer Markt

Zeit, zu reagieren

Serge Kennerknecht

Wie kann es gelingen, auch künftig den Zugang zu den Gesundheitsleistungen im gemeinsamen Markt für alle Bürger zu garantieren? Dieser Frage ging gestern eine internationale Konferenz auf Kirchberg nach. Ihr Fazit: Jetzt auf europäischer und politischer Ebene aktiv werden, ehe es zu spät ist.

Die Gesundheitsdienste seien anders als die anderen Dienstleistungen. Mit dieser Feststellung von Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo zeigten sich gestern alle Verantwortlichen der ausrichtenden Gremien einverstanden.

Organisiert hatten die Konferenz die „Association luxembourgeoise des organismes de sécurité sociale“ (ALOSS), der „Conseil supérieur de la mutualité luxembourgeoise“ und die „Association internationale de la mutualité“ (AIM).

Die wesentlichen Unterschiede zwischen den Gesundheitsdiensten und anderen Dienstleistungsbereichen sieht der Minister in der Qualität der Pflege, dem freien Zugang für alle, unabhängig von ihrem Einkommen und darin, dass sie in den meisten Ländern nach dem Prinzip des Drittzahlenden finanziert werden.

Ziel der Konferenz war es, herauszufinden, welche Auswirkungen das augenblickliche und künftige europäische Recht auf den Gesundheitsbereich hat und haben kann, und wie es hierauf zu reagieren gilt, um auch in Zukunft leistungsfähige Gesundheitsdienste anbieten zu können. Denn dem ganzen Bereich drohen Gefahren. So z.B. durch die Bolkestein-Richtlinie. Obwohl zurzeit ein allgemeiner Konsens darüber zu bestehen scheint, dass die Gesundheitsdienste und andere aus der Direktive ausgeklammert werden sollen.

Die Prinzipien des freien Marktes können nicht im Gesundheitsbereich spielen, so Mars di Bartolomeo. Hiermit riskiere man, alles aufs Spiel zu setzen, was die Generationen vor uns in mühseliger Arbeit aufgebaut hät-

ten.

Dies würde jedoch nicht heißen, dass die Gesundheitsdienste nicht auch zu einem guten Teil reformbedürftig seien. Solchen Reformen jedoch müsste eine solidarische Ausrichtung zugrunde liegen.

Gefahren durch Kostenanstieg

Ron Hendriks, Präsident der AIM, sieht in der allgemeinen Kostenexplosion eine von zwei großen Gefahren für den Gesundheitssektor innerhalb der Europäischen Union.

Dieser Kostenanstieg sei zu einem Drittel dadurch bedingt, dass die Menschen generell älter würden als früher, zu zwei Dritteln jedoch seien die Kosten durch die technologische Entwicklung angestiegen.

„Es steht die Frage im Raum, ob wir uns unser Gesundheitssystem noch lange leisten können“, so Hendriks. Zu befürchten sei, dass der private Versicherungsbereich irgendwann Aufgaben des öffentlichen Gesundheitssektors anbieten werde. Private Versicherungen jedoch müssten nach reinen wirtschaftlichen Kriterien vorgehen. Dies wiederum würde

bedeuten, dass die risikoreichen Bereiche wahrscheinlich nicht abgedeckt würden. Vor allen Dingen jedoch sei durch private Versicherungen, die der Bürger zu bezahlen hätte, das Prinzip des freien Zugangs zu den Gesundheitsdiensten nicht mehr garantiert, zeigte sich Hendriks besorgt, der in der EU selber eine weitere Gefahr für den Gesundheitsbereich sieht.

Einer der Gründe für die augenblickliche Entwicklung seien nämlich verschiedene Jurisprudenzen des Europäischen Gerichtshofes, hielt auch Yves Jorens fest, Professor für Sozialversicherungsrecht und europäisches Sozialrecht, dessen Basisbericht der Konferenz als Diskussionsgrundlage diente.

Der Europäische Gerichtshof sei in der misslichen Lage, eigentlich nur im legalen Rahmen des freien Marktes urteilen zu können. Es sei daher dringend geboten, für den Gesundheitsbereich einen neuen, eigenen Gesetzesrahmen zu schaffen, der auf der Grundlage der Solidarität fuße. Die Zeit zum Reagieren und zum Handeln sei gekommen, so Jorens.



Fernand Lepage (ALOSS), Michel Schmitz (CSML), Ron Hendriks (AIM), Mars di Bartolomeo, Claude Ewen, Yves Jorens (v.l.n.r.)

Foto: Fabrizio Pizzolante